



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

### **10H-Regel endlich abschaffen – große Chancen für die Windkraft in der bayerischen Energiewende nach dem Kohle-Kompromiss**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, nach dem Kohle-Kompromiss auf Bundesebene die 10H-Regel in Bayern endlich abzuschaffen und mit klaren Ausbauzielen für die Windkraft gemäß dem Bedarf in den Regionen die großen Chancen für erneuerbaren Energien in Bayern insgesamt zu nutzen und die energiepolitischen Zielsetzungen voranzutreiben. In diesem Zusammenhang ist darzulegen, wo die im Koalitionsvertrag erwähnten Ausweitungen des „Süd-Kontingents“ bei Windausschreibungen stattfinden können.

#### **Begründung:**

Die Jahre 2013 bis 2018 waren energiepolitisch verlorene Jahre, denn von einem Masterplan für eine Energiewende konnte in Bayern nicht die Rede sein. Es erfolgte kein Zubau an erneuerbaren Energien, insbesondere bei der Windkraft. Die Nutzungsmöglichkeiten für diese erneuerbare Energie sind deutlich zu verbessern. Hierzu gehört besonders die Abschaffung der 10H-Regelung bei der Windkraft.

Das Energiekonzept „Energie Innovativ“ aus dem Jahr 2011 wurde faktisch aufgehoben. Entscheidungen wie die 10H-Regel widersprechen den damals klar formulierten Ausbauzielen für die Windkraft in Bayern. Seit über fünf Jahren wurde von der Staatsregierung kein einheitliches Konzept mehr vorgelegt, wie sie mit den Herausforderungen der Energiewende im Freistaat Bayern umgehen will. Es werden Einzelbereiche diskutiert, ohne dass es eine klare Aussage für den Fahrplan und die Ziele für die Energiewende in Bayern gibt.

Im Koalitionsvertrag der Staatsregierung wird an der 10H-Regelung festgehalten und sich gleichzeitig für eine Ausweitung des „Süd-Kontingents“ bei Wind- und Photovoltaik-Ausschreibungen eingesetzt. Fakt ist, dass die Zahl neuer Genehmigungsanträge von 400 im Jahr 2013 auf vier Anträge im Jahr 2017 eingebrochen ist.

Die Einigung der Kohlekommission bietet jetzt eine große Chance für den Ausbau der erneuerbaren Energien, denn sie schafft endlich einen festen Rahmen für den Ausstieg aus der Kohle. Die erneuerbaren Energien werden mit Auslaufen der Kohlekraftwerke noch wichtiger. Investoren haben nun mehr Klarheit. Wichtig ist auch, dass beim Ausbau der Erneuerbaren alle Beteiligten den Kompromiss in Zukunft mittragen und die Kosten im Blick behalten.

Jetzt hat die Staatsregierung die Pflicht, endlich den Koalitionsvertrag auf Landesebene umzusetzen und die Rahmenbedingungen zu Gunsten von stärkerer Regionalisierung beim Ausbau der Erneuerbaren zu ändern. Notwendig ist eine regionale Steuerung, die Mindestanteile bei den Ausschreibungen für den Ausbau der Erneuerbaren südlich des

Netzengpasses festzusetzen. Deshalb muss Bayern die Ausbauhemmnisse beim Ausbau der Windenergie beseitigen. Genauso wie bei der Photovoltaik gibt es hierfür noch viele ungenutzte Flächenpotenziale.

Noch in der Plenardebatte zu drei Dringlichkeitsanträgen der Oppositionsfraktionen zur Abschaffung der 10H-Regel vom 25.10.2017 sagte der damalige energiepolitische Sprecher und heutige Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER (Drs. 17/18707):

...„Wir fordern eine feste Quote für den Süden Deutschlands. Wir wollen, dass unsere Stadtwerke wieder zum Zug kommen. Wir wollen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger an der Wertschöpfung beteiligt sind. Stimmen Sie den Anträgen zu, wenn Sie nicht wollen, dass am Ende eine Kupferplatte durch Europa geht! Stimmen Sie den Anträgen zu, damit wir nicht nur Zuschauer an einer HGÜ-Trasse sind! Stimmen Sie zu, wenn Sie für eine lokale und regionale Wertschöpfung sind! Stimmen Sie zu, damit es feste Quoten für den Süden gibt! Stimmen Sie zu, wenn Sie eine feste Quote im Ausbauziel haben wollen! Schaffen Sie 10H wieder ab! Das ist eine unsägliche Regelung, die für die Zukunft nichts bringt. Kinder, die heute geboren werden, werden die Wertschöpfung mit einem Windrad immer als ihre Wertschöpfung ansehen. Es ist nur eine Frage von Generationen. Die heutige Generation kann dem Windrad vielleicht noch nicht so viel abgewinnen. Die Wertschöpfung wird in Zukunft groß sein. Für Strom aus Windrädern, Sonnenenergie und Biomasse wird Ihnen keine Rechnung gestellt werden, da diese Energieträger regenerativ, nachhaltig und klimafreundlich sind. Genau deshalb stellen wir die Anträge in diesem Hause und bitten um Zustimmung.“